

Gesellschaftskritik und kommunistische Programmatik – eine Nachlese

Nach meinem Vortrag bei Translib wurden verschiedene Einwände gegen die von mir vertretene Position formuliert. Die meisten Fragen und Einwände bezogen sich auf den Teil meines Vortrages, der **Kommunismus als bloß theoretische Kritik und Negation von Ware, Geld und Kapital** dem **Kommunismus als praktische Bewegung gegenüberstellte, die den jetzigen Zustand aufhebt**.¹

Inhaltlich bezogen sich die Einwände vor allem auf mein Theorie-Praxis-Verständnis und auf mein Verständnis von sozialer Reform und sozialer Revolution. Die Stellung zu sozialer Reform und sozialer Revolution ist aus meiner Sicht sowohl eine Grundsatzfrage – will man sich auf die soziale Reform im Kapitalismus beschränken, will man auf dem Wege solcher Reformen den Kapitalismus überwinden oder hält man eine soziale Revolution für nötig und möglich – als auch ein Frage der konkreten Analyse des Entwicklungsstandes der kapitalistischen Produktionsweise und der Frage, wie das Wertgesetz sich unter den konkreten Verwertungsbedingungen des Kapitals durchsetzt. Das Verhältnis von sozialer Reform zu sozialer Revolution spielt in meiner **Theorie einer kommunistischen (politischen) Praxis**² eine besonders wichtige Rolle, und ich grenze mich damit sowohl gegen bloßen Reformismus ab, wie auch gegen weit verbreitetes revolutionäres Sektierertum. Mit den nachfolgenden Ausführung will ich versuchen, diese Theorie einer kommunistischen Praxis noch einmal etwas ausführlicher zu begründen, als das im Verlaufe des Vortrages geschehen ist.

Sollte ich Einwände, auf die ich mich im Folgenden beziehe, missverstanden haben, dann liegt das nicht an der Absicht, mir einen „Pappkameraden“ aufzubauen, auf den ich dann einschlagen kann. Mir geht es auch mit diesem Beitrag vorrangig um Klärung und Verständigung.

Theorie und Praxis

Nach der Veranstaltung tauchte erneut die Frage nach der heute möglichen und nötigen Praxis von KommunistInnen auf. Die Erarbeitung der theoretischen Kritik sei eben schon Praxis. Es spricht aus meiner Sicht nichts grundsätzlich dagegen, dass so auszudrücken. In Anbetracht der heutigen Situation ist die theoretische Arbeit und Formulierung einer ebenso radikalen, wie treffenden Kritik sowieso von herausragender Bedeutung. Das würde ich niemals bestreiten. Es ist aber auch klar, dass diese Arbeit sich auf Leute beschränkt, die in der Lage und Willens sind, wissenschaftlich zu arbeiten, die auf die eine oder andere Weise von Lohnarbeit „freigestellt“ sind und über die nötige Ausbildung/Qualifikation verfügen.

- 1 Es wurde im Verlaufe der Diskussion eingewendet, dass Marx und Engels in der „Deutschen Ideologie“ nicht von praktischer Bewegung sprächen, sondern von „wirklicher“ Bewegung. „Wir nennen Kommunismus die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt.“ (MEW, Bd. 3, S. 35) Das ist selbstverständlich richtig. Nur war für Marx und Engels eine wirkliche Bewegung immer eine praktische Bewegung! Eine bloß theoretische Strömung jedenfalls hätten sie kaum als wirkliche Bewegung gekennzeichnet. Das hätte auch ihrem materialistischen Verständnis widersprochen. An anderer Stelle in der „Deutschen Ideologie“, wo es um die „massenhafte Erzeugung dieses kommunistischen Bewusstseins“ geht, sprechen sie ausdrücklich von einer „praktischen Bewegung“, einer Revolution, ohne die diese massenhafte Erzeugung eines kommunistischen Bewusstseins nicht möglich sei. (MEW Bd. 3, S. 70) Eine Unterscheidung zwischen wirklicher Bewegung und praktischer Bewegung macht also aus meiner Sicht keinen Sinn. (Genauso wenig, wie ich einen Sinn darin sehe, zwischen „Personifizierung“ und „Personalisierung“ zu unterscheiden. Doch dazu später mehr.) Dass ich im Übrigen die „praktische Bewegung“ durchaus weiter fasse als Marx und Engels an besagter Stelle in der „Deutschen Ideologie“ (Revolution), nämlich unter Einschluss auch von Reformen, sollte in meinen weiteren Ausführungen deutlich werden.
- 2 Es ist der Eindruck entstanden, als wolle ich einem „Heran an die Massen!“ das Wort reden. Dabei fühle ich mich zumindest missverstanden. Sofern ich Agitation heute für möglich und sinnvoll halte, bewirkt auch die nur etwas unter einer mehr oder weniger kleinen oder großen Minderheit; und auch das nur, wenn sie gut ist, d.h. wenn sie auf Recherche im Detail beruht. Mit meiner Beteiligung an der Entwicklung eines „revolutionären Minimalprogramms“ ging es mir vor allem um programmatische Klärung und Verständigung, also um die Schaffung von Grundlagen für eine solche Agitation. Das ist aus meiner Sicht zunächst eine Sache der Theorie.

Wenn man also die Erarbeitung theoretischer Kritik als Praxis bezeichnet und damit zugleich jede andere Praxis ausschließt, sie womöglich heute für falsch hält, dann schränkt man eben alle Aktivitäten von KommunistInnen auf die Erarbeitung von Theorie ein. Die KommunistInnen, die wegen ihrer Lohnarbeit, wegen ihrer damit zusammenhängenden Lebensumstände, allenfalls in sehr beschränktem Umfang an der Erarbeitung von Theorie teilnehmen, werden auf KonsumentInnen von Theorie reduziert. Meistens ist nur ihre Meinung zur erarbeiteten Theorie noch gefragt ... oder sonstige Zuarbeiten.

Heute sind zweifellos mehr Menschen durch ihre Bildung/Ausbildung grundsätzlich dazu befähigt wissenschaftlich-theoretisch zu arbeiten und sich Theorien anzueignen. Damit nimmt auch die Vielfalt der Theorien zu und sie können sich ohne Ende vervielfältigen, solange es sich eben nur um die Theorie selbst handelt. Die radikale Linke hierzulande ist ein gutes Beispiel dafür. Einer praktischen Überprüfung und Bestätigung bedarf solche Theorie nicht, sie zieht ihre arg beschränkte Wirkungskraft immer aus sich selbst, bezogen auf sich selbst. Theoretisches Argument trifft auf theoretisches Argument und dabei bleibt es in einer Endlosspirale, in der immer neue „Erkenntnisse“, immer neue Theorien, produziert werden. Dieser Zustand hält an, solange sich durch praktische Bewegung nichts wesentliches tut. Praktische Bewegung zielt aber immer auf ganz konkrete Veränderungen von Gesellschaft, ob im Ganzen oder nur in mehr oder weniger großen Teilbereichen. Theorie zielt auf wissenschaftliche Klärung und will der praktischen Bewegung Bewusstheit und Kontinuität verleihen, wobei die Bewusstheit sich sowohl auf die Kritik des Bestehenden, als auch auf die Ziele der Bewegung bezieht. Eine „wirkliche Bewegung“ bedarf der Fähigkeit zur Kritik wie der Fähigkeit zur praktischen Auseinandersetzung.

Man muss schauen, wo was mit den kommunistischen Grundsätzen vereinbar ist, sich entwickeln kann, oder wo es schon vom Ansatz her gegenläufig ist, das Kapital und seine Produktionsweise überhaupt nicht versteht und soziale Emanzipation eher als Freiraum im Kapitalismus denkt (z.B. Bedingungsloses Grundeinkommen mit seiner „Befreiung“ vom Zwang zur Lohnarbeit innerhalb des Systems der Lohnarbeit). Darüber gibt uns nur unsere Theorie – vor allem die Kritik der Politischen Ökonomie – Auskunft. Und hier geht dann Theorie und Praxis ganz zusammen, verlangt Praxis nach theoretischer Klärung!

KommunistInnen artikulieren das Bedürfnis nach sozialer Emanzipation, sie haben „radikale Bedürfnisse“ (G. Jacob in „Kapitalismus und Lebenswelt“) entwickelt. Sie empfinden schon von daher die Zustände viel eher als unerträglich als ihre KollegInnen. Das sollte Anlass genug sein, um mehr Widerstand zu leisten, da aufzubegehren, wo andere schweigen und sich zurück ziehen. Oft werden Zustände erst dann als unerträglich empfunden, wenn sie als solche angeklagt werden, wenn jemand die Dinge beim Namen nennt. Das habe ich immer wieder erlebt. Sich gegen eine konkrete Zumutung des kapitalistischen Alltags aufzulehnen, sie scharf zu kritisieren, das bedeutet noch nicht, dass der Kapitalismus in Frage gestellt wird. Dass er „massenhaft“ in Frage gestellt wird, kann aber nur ein Produkt dieses Widerstandes sein. Nur in solchem Widerstand wächst die Einsicht und die Bereitschaft zu radikaler Kritik.

Theorie, was für eine Theorie?

Die Analyse des Kapitals liefert die radikale Kritik an kapitalistischen Produktionsverhältnissen und kapitalistischer Produktionsweise.³ Und zu dieser Analyse gehört selbstverständlich die

3 Ich gehe hier nicht weiter ein auf Patriarchat und Geschlechterverhältnis in der bürgerlichen Gesellschaft. Die Kritik daran ist Teil einer materialistischen Gesellschaftskritik, aber nach meinem Verständnis gehört diese Kritik nicht zur Kritik der ökonomischen Kategorien. In Lohn, Preis, Profit, Zins und Rente gehen theoretisch keine Bestimmung nach Geschlecht ein. Es handelt sich immer um Formen des Wertes, der seinem Begriff nach „geschlechtsneutral“ ist. Arbeitszeit hat kein Geschlecht und schon von daher stimmt die These „Der Wert ist der Mann“ nicht. Wenn die bürgerliche Gesellschaft zur Recht als patriarchalisch bezeichnet wird, dann liegt das an den patriarchalischen Gesellschaften, aus denen sie hervorgegangen ist. Wenn im Kapitalismus Reichtum und Lohnarbeit patriarchalisch, „geschlechtsspezifisch“ verteilt sind, dann lässt sich das nicht aus der Herrschaft des

Untersuchung zur Lage der arbeitenden Klasse, die Untersuchung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen. Radikale Kritik heute zieht es vor, die Verbesserungen in den Arbeits- und Lebensumständen der LohnarbeiterInnen auszublenden oder gar an diesen Verbesserungen solange „theoretisch“ herumzuinterpretieren, bis auch in einem Land wie Deutschland nichts als Not und Elend übrig bleibt. (Vergl. dazu auch Arbeitsmanuskript 2 aus meinem Buchprojekt:

http://www.robert-schlosser.de/Web_Buchprojekt/private/Wert_der_Ware_Arbeitskraft.pdf)

Das kann man vergessen. Zum Beispiel die Altersarmut: Sie ist teilweise bereits Wirklichkeit, und sie wird in nächster Zukunft zweifellos regelrecht explodieren. Das ändert aber nichts daran, dass über Jahrzehnte große Teile der LohnarbeiterInnen in Ländern wie Deutschland ihr Rentnerdasein genießen konnten und genossen haben, sofern sie bei recht guter Gesundheit waren. Es klappt halt nicht, Leuten, denen es recht gut geht, einreden zu wollen, ihnen ginge es sehr schlecht und daher sei Revolution nötig, am liebsten eine mit Barrikadenkämpfen und Bürgerkrieg.⁴

Der Kapitalismus hat in den hochentwickelten Ländern nach dem 2. Weltkrieg manchen sozialen Fortschritt gebracht, der die Arbeits- und Lebensbedingungen der LohnarbeiterInnen spürbar verbessert hat. Wir zehren noch immer von diesen Fortschritten, die allerdings in wachsendem Tempo und in zunehmender Breite verschwinden. Diese sozialen Fortschritte sind die entscheidende materielle Grundlage für das Verschwinden sozialistischer, kommunistischer, anarchistischer Bestrebungen unter LohnarbeiterInnen. Es ist um eine revolutionäre Theorie schlecht bestellt, wenn sie ihre Wirkung gerade dadurch erzielen will, dass sie erlebten sozialen Fortschritt ausblendet oder so interpretiert, als habe es keine wirklichen Verbesserungen gegeben; wenn sie meint, die Revolution stünde immer auf der Tagesordnung, weil und sofern es Ware, Geld und Kapital gibt.

Die abstrakt-theoretische, logische Kritik von Ware, Geld und Kapital, bleibt richtig, trotz dieser sozialen Fortschritte im Kapitalismus. Sie bleibt umso mehr richtig, als das Kapital „prozessierendes Verhältnis“ (Marx) ist, und der Prozess selbst vom „ökonomischen Bewegungsgesetz der bürgerlichen Gesellschaft“ (Marx) beherrscht wird. Dieses auf dem Wert und seiner Verwertung beruhende Bewegungsgesetz schließt Besserung der Arbeits- und Lebensbedingungen von LohnarbeiterInnen nicht grundsätzlich aus. Es sorgt aber auch dafür, dass die keinen Bestand haben. Die letzten Jahrzehnte legen ein deutliches Zeugnis darüber ab. Das Kapital steuert unbeirrt – nur gebrochen von den immer geringer werdenden Wachstumsraten des industriellen Zyklus und vermittelt durch ihn – auf eine gigantische Weltwirtschaftskrise los, die alle sozialen Fortschritte auch und gerade in den hochentwickelten Ländern zur Makulatur machen wird. Eine solche Krise, der großen Weltwirtschaftskrise nach 1929 vergleichbar, sollte allerdings nicht missverstanden werden als „finale Krise“ oder Höhepunkt einer solchen „finalen Krise“. Sie würde allerdings ein gesellschaftliche Zäsur bedeuten, in der Einfluss und Bedeutung der alten politischen Eliten flächendeckend zerstört würden, ähnlich wie das jetzt in Griechenland geschehen ist. Eine Garantie auf soziale Revolution erhält man dadurch nicht, wie gerade Verlauf und Folgen der großen Weltwirtschaftskrise in den 1930iger Jahren gezeigt haben.

Ausgangspunkt für die ebenso sicher kommenden Klassenkämpfe wird aber nicht jenes maßlose Elend der IndustriearbeiterInnen des 19. Jahrhunderts sein, sondern eben die mit den sozialen Fortschritten gewachsenen Bedürfnisse. Daher ist es auch ebenso unvermeidlich, dass das Streben in diesen Klassenkämpfen zunächst dahin geht, die besseren, bedrohten, abgeschafften Zustände wieder herzustellen. Das sind die Ausgangsbedingungen, denen sich Kommunismus heute stellen

Wertes ableiten. Damit wird die Sache selbst nicht zu einer „Nebensache“, aber sie wird zu einer anderen Sache, die eben auch mit der Aufhebung des Systems der Lohnarbeit nicht automatisch gelöst ist.

4 So schwärmten die Initiatoren zu einer „Neuen antikapitalistischen Organisation“ in ihrem Startdokument „Neue Antikapitalistische Organisation? Na endlich!“ gleich auf der ersten Seite von „hoffentlich bevorstehenden Barrikadenkämpfen“. Sich selbst halten diese merkwürdigen „subjektiven Revolutionäre“ in fortgeschrittenem Alter „nicht mehr geeignet“ für solche Barrikadenkämpfe, freuen sich aber offensichtlich, wenn andere sie führen. Dafür preisen sie ihre Erfahrung wie Sauerbier an. Ja geht es noch???

muss.

Ich habe im Verlaufe meines Lohnarbeiterdaseins viele sehr belastende Situationen erlebt und weiß eben darum die „feinen Unterschiede“ sehr zu schätzen. Daher habe ich auch immer, selbst als einzelner, um solche kleinen Verbesserungen gekämpft ... mit einigem Erfolg und mit einiger Wirkung. Wahrscheinlich macht mich schon das zum „Reformisten“ ;-)

Möglicher Weise sind meine Bedürfnisse einfach zu begrenzt, nicht „radikal“ genug, als dass ich mich überhaupt als Kommunist bezeichnen kann. Surf ich durch diverse Blogs im Internet und lese, worauf es „wirklich“ ankommt (hoffen auf baldige Barrikadenkämpfe, die politische Macht einer Partei, die es dann alles sehr bald richtet, jeden sozialen Fortschritt leugnen und als fieses Integrationstrick des Kapitals „entlarven“, etc.) dann drängt sich mir die Frage auf, wodurch sich KommunistInnen eigentlich auszeichnen, was sie ausmacht.

Kommunismus als soziale Emanzipation war und ist bei mir immer eine ganz subjektiv-praktische Frage gewesen (fast 40 Jahre Lohnarbeit, überwiegend in Industriebetrieben, als Gießereiarbeiter im Stahlwerk, als Bandarbeiter in der Autoindustrie, als Maschinenschlosser in verschiedenen Betrieben, als Technischer Redakteur in verschiedenen Betrieben). Wovon ich aus Alltagserfahrung in Industriebetrieben subjektiv emanzipiert sein wollte, das war

- die Kommandomacht, die vom Kapital vorgesetzte Personen über mich ausübten,
- das waren zum Teil schwerste Arbeiten und schlechte Arbeitsbedingungen,
- das war über etliche Jahre auch knapper Konsum,
- das war Stress und Mangel an von Arbeit freier Zeit,
- das war vor allem auch die existenzielle Unsicherheit, die mich immer wieder beherrschte (Erlebnis von mehreren Pleiten und ständigen „Restrukturierungen“ mit Entlassungswellen) usw.

Was ich mir erwünschte waren

- Möglichkeiten schon im jeweiligen Einzelbetrieb, mit meinen KollegInnen gemeinsam zu entscheiden, was und wie viel wir produzieren, wie wir unsere Arbeit unter uns verteilen und die Arbeitsbedingungen einrichten,
- das war mehr Muße für möglichst vielseitige Entwicklungsmöglichkeiten, mit einem Wort mehr Lebensgenuss.
- das war vor allem soziale Sicherheit

Das sind und waren meine primären „radikalen Bedürfnisse“ (Jacob in „Kapitalismus und Lebenswelt) aus Alltagserfahrung in Industriebetrieben⁵, die mich einerseits immer aufs Neue zu radikaler Kritik am Kapital anstachelten, die aber auch meine aus persönlicher Erfahrung bestimmte subjektive Messlatte für Kommunismus sind!

Mit sehr, sehr vielen LohnarbeiterInnen der unterschiedlichsten Qualifikation und in unterschiedlichen Arbeitsbereichen und Betrieben habe ich viele Diskussionen geführt, mit einigen wenigen Nächten lang diskutiert. Daraus habe ich gelernt, dass sie unter den gleichen Dingen leiden, die ich oben aufgezählt habe und dass – sofern sie sich für eine kommunistische Perspektive öffneten – das zunächst mit den gleichen Hoffnungen verbunden war, wie ich sie oben aufgezählt habe.

5 Nur nebenher will ich in diesem Zusammenhang erwähnen, dass meine „radikalen Bedürfnisse“ sich nicht darauf beschränkten und beschränken. Politisiert und radikalisiert wurde ich in der Jugendbewegung Ende der 1960iger Jahre und da spielte die Kritik an Familie, an Unterdrückung der Sexualität etc. eine große Rolle. Wie sich damals ebenfalls schnell zeigte, entwickelten Männer und Frauen in dieser Rebellion recht unterschiedliche „radikale Bedürfnisse“ (worin denn „freie Liebe“ und „freie Sexualität“ bestehen sollten), worauf ich hier aber nicht näher eingehen kann und will. Im Feminismus fanden jedenfalls die „radikalen Bedürfnisse“, die Frauen in der Bewegung entwickelten, ihren notwendigen Ausdruck. Wie richtig die Theorien des Feminismus im Einzelnen waren und sind, darüber lässt sich trefflich streiten.

Kommunismus und soziale Fortschritte im Kapitalismus

Nach der Veranstaltung wurde ich auch noch auf den von mir erwähnten Arbeitsschutz angesprochen. Der sei doch verbunden mit reichlich staatlicher Bürokratie, eben nichts weiter als „Reformismus“. (Noch weiter gehende Positionen, mit denen ich allerdings nicht konfrontiert war, betrachten ihn gar als Ausdruck bloßer ökonomischer Notwendigkeit, der das Kapital folge). Der Hinweis auf Bürokratie und reformistische Praxis ist richtig, besagt aber längst nicht alles über die Inhalte, um die es beim Arbeitsschutz und damit verbunden der Maschinensicherheit in der Industrie – mein hauptsächlicher Erfahrungshintergrund – geht. Ich werde das noch einmal ausführen und dabei auch auf Gesundheitsschutz und Umweltschutz kurz eingehen.

Wenn von linksradikaler Seite in sozialrevolutionärer Absicht auf die entwickelten Produktivkräfte Bezug genommen wird, auf gesellschaftliche Elemente, die vom Kapital selbst erzeugt werden und über den Kapitalismus hinaus weisen, dann bleibt es in der Regel beim allgemeinen Hinweis auf hohen Entwicklungsstand der Produktivkraft menschlicher Arbeit und daran anknüpfend die Möglichkeit zu drastischer Arbeitszeitverkürzung. Es gibt da jedoch weit mehr, an dem es anzuknüpfen gilt und an dem sich auch Widerspruch und soziale Auseinandersetzung entwickelt. Einige Elemente, von denen gleich noch konkreter die Rede sein wird, sind

- Resultate vergangener – teils heftig geführter - Klassenkämpfe,
- Produkte des Sozialreformismus,
- Produkte der Systemkonkurrenz mit dem „Realsozialismus“ und
- Produkte der ökonomischen Entwicklung.

Teilweise handelt es sich dabei um mehr oder weniger kümmerliche Relikte des Strebens nach sozialer Emanzipation, in manchem drückt sich „Kontrolle sozialer Produktion durch soziale Ein- und Vorsicht“ (so kennzeichnete Marx „die Politische Ökonomie der Arbeiterklasse“) aus, soweit diese eben mit der Verwertung von Wert vereinbar sind und in Formen, die das im Kapitalismus nur annehmen kann (Gesetze, staatliche Bürokratie).

Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz, Umweltschutz – was hat das mit Kommunismus zu tun?

Als Einstieg: Anforderungen an Maschinen und Anlagen in der EU.

Sicherheits- und Gesundheitsanforderungen sind der Kern von Maschinenrichtlinie, Niederspannungsrichtlinie, Druckgeräterichtlinie und ähnlicher Produktrichtlinien, die von der EU Kommission erlassen werden und von den Mitgliedsstaaten in nationales Recht umgesetzt werden müssen.⁶ Überwacht wird die Einhaltung durch staatlich eingesetzte Bürokratie – was sonst. In den Sicherheits- und Gesundheitsanforderungen an Maschinen und Anlagen sind Schutzziele formuliert, wie sie nach meiner Ansicht auch im Kommunismus Gültigkeit haben sollten. Ich wüsste da aus eigener Kenntnis nichts Wesentliches zu ergänzen (Das schließt aber natürlich nicht aus, das linksradikale GeisteswissenschaftlerInnen möglicher Weise grundlegend andere Schutzziele definieren ;-)). Dies gilt zumindest dann und erlangt eine **enorme und wachsende Bedeutung, wenn man die industrielle Produktion nicht grundsätzlich ablehnt, sondern sie als Grundlage einer kommunistischen Produktionsweise betrachtet**. Wer sie ablehnt, handelt sich eine Reihe ganz anderer gravierender Probleme ein. (Mangel, andere, sehr unmittelbare Gefährdungen in handwerklicher Produktion etc.)

Per Gesetz ist ebenfalls vorgeschrieben, wie bei Konstruktion und Bau von Maschinen und Anlagen vorzugehen ist, um Gefahren für Mensch und Umwelt auszuschließen bzw. zu minimieren:

6 Die EU veröffentlicht und aktualisiert zu jeder dieser Richtlinien lange Listen mit „harmonisierten Normen“ (EN-Normen), deren Anwendung das Erreichen der Schutzziele ermöglicht. Diese Normen gehören zum „Stand der Technik“ und sind damit Ausdruck des Entwicklungsstands der Produktivkräfte. Sie repräsentieren mit dem Wissen und der Erfahrung, die sich darin niederschlagen, einen Entwicklungsstand der Produktivkräfte, der fortwährend in Konflikt gerät mit den herrschenden Produktionsverhältnissen, der Verwertung von Wert. Aus mittelbarer Kenntnis und unmittelbarer Erfahrung könnte ich darüber viele Seiten lang berichten.

1. **Ausschluss der Gefahren durch Konstruktion (was sehr oft nicht möglich ist, weil etwa große Käfte in der mechanischen Bearbeitung von Werkstoffen, hoher Druck oder lebensgefährliche elektrische Energie für den Zweck der Produktion nötig sind)**
2. **Wenn diese Gefährdungen nicht auszuschließen sind, dann müssen Sicherheitseinrichtungen vorgesehen werden, die etwa den Zugang zu Gefahrenstellen unmöglich machen oder nur bedingt möglich machen. (etwa trennende Schutzvorrichtungen in Kombination mit Endschaltern, die beim Öffnen der Schutzvorrichtung die Gefahr bringende Bewegung der Maschine stoppen usw.)**
3. **Auf verbleibende Restgefahren muss in Betriebsanleitungen durch spezielle Warnhinweise hingewiesen werden und es müssen Hinweise zum richtigen Verhalten gegeben werden.**
4. **Es müssen Vorkehrungen für den Notfall getroffen werden (z. B. dadurch, dass im Falle von Verletzungen schnell erste Hilfe geleistet werden kann.)**

(Dieses Verfahren ist entwickelt in der Norm DIN EN ISO 12100:2010, gilt als „Stand der Technik“, auf den im Schadensfall bzw. Produkthaftungsfall Bezug genommen wird. Die Norm hat nationale (DIN), europaweite (EN) und weltweite (ISO) Anerkennung. DIN, EN und ISO stehen jeweils für die Räume, in denen die Norm gültig ist.⁷⁾

Diese Reihenfolge 1 bis 4 ist zwingend vorgeschrieben! Aus meiner Sicht ist das ein Verfahren, was einer kommunistischen Praxis entspricht, nämlich „*der Kontrolle sozialer Produktion durch soziale Ein- und Vorsicht*“. Im Kapitalismus wird eine solche Praxis ständig in Frage gestellt durch den ökonomischen Sachzwang der Verwertung. Sie wird in Frage gestellt durch „Kostendruck“ der die konkurrierenden Privatproduzenten dazu veranlasst, solche Verfahren zu unterlaufen, an „überzogener“ Sicherheit zu sparen usw.. Im Kapitalismus kann eine solche „*Kontrolle sozialer Produktion durch soziale Ein- und Vorsicht*“ allgemein überhaupt nur insofern funktionieren, als staatliche Macht für Überwachung der PrivatproduzentInnen sorgt und bei Verstößen mit Strafe droht.⁸⁾

Im Kommunismus, also in einer Produktionsweise jenseits der Verwertung von Wert, ohne Profit, **kann** eine solches Verfahren auf der Basis von selbstverwaltetem Gemeineigentum zur **Alltagsroutine** werden, **die keinerlei fremder Überwachung bedarf**, weil und insofern keinerlei Anreiz besteht, zugunsten eines anderen, ökonomischen Vorteils (Profit) davon abzuweichen.

Es geht also auch nicht darum, in einer Endlosschleife zu wiederholen „Die Leute selber sollen entscheiden“, es geht letztlich um den Inhalt der Entscheidung, ob sich darin wirklich „*Kontrolle sozialer Produktion durch soziale Ein- und Vorsicht*“ ausdrückt. Dass die Leute in Verhältnissen leben, die es erlauben, dass sie selber entscheiden, bedeutet nur die formale Möglichkeit, sich inhaltlich richtig zu entscheiden. (Marx sah etwa in der Pariser Kommune die „*politische Form der sozialen Emanzipation*“, nicht die soziale Emanzipation selbst!) Es gibt keine Gewähr für die Richtigkeit von Entscheidungen, wenn die Mehrheit entscheidet!!! Auch wenn diese Möglichkeit zur richtigen Entscheidung allgemein gegeben ist, hört der Streit um die richtige inhaltliche Entscheidung nicht auf! Man kann nur sagen, dass sozialer Ein- und Vorsicht enge Grenzen gesetzt sind, **sie sich nicht allgemein durchsetzen kann**, solange die kapitalistische Produktionsweise herrscht, solange das Kommando über fremde Arbeitskraft herrscht, um unbezahlte Mehrarbeit

7 Normen sind keinesfalls so verbindlich wie Gesetze. Sie einzuhalten ist eine „Kannbestimmung“. Normen sollen kapitalistischen Unternehmen helfen, gesetzlich bestimmte Anforderungen zu erfüllen. Es steht jedem Kapital frei, diesen Anforderungen auf anderem Wege gerecht zu werden. Große kapitalistische Unternehmen haben daher oft ihre „hauseigenen“ Normen, die manchmal auch inhaltlich über DIN-, EN-Normen etc. hinausgehen.

8 Die liebste und bevorzugte Praxis „sozialer Ein- und Vorsicht“ im Kapitalismus ist die „Selbstverpflichtung“ des Kapitals. „Freiheit“ eben! Das ist die Praxis, die am wenigsten Wirkung zeigt; jedenfalls in Bezug auf die durch „Stand der Technik“ anerkannten Ziele! Wirkungsvoll ist diese Praxis allein in Bezug auf die Verwertung von Kapital. Man versteht es diese „Selbstverpflichtung“ kostengünstig zu nutzen.

auszupressen usw..

Anwendbarkeit des Verfahrens:

Zum Beispiel im „Gesundheitsschutz“ (multiresistente Keime)

Es besteht kein Zweifel daran, dass diese Keime treibhausartig in der Massentierhaltung gezüchtet werden, durch eine unverantwortliche „Fütterung“ mit Antibiotika. Weil diese multiresistenten Keime Jahr für Jahr tausende von Toten in Krankenhäusern produzieren.

Die Opfer werden beklagt und die mangelhafte Hygiene in den Krankenhäusern soll nun bekämpft werden. Das ist sicher richtig, aber ein typisch kapitalistisches Verfahren! Nicht die Ursachen beseitigen, sondern die Symptome bekämpfen. Die Gefahren, die von multiresistenten Keimen ausgehen, lassen sich „konstruktiv“ vermeiden – analog zu dem vorgeschriebenen Verfahren beim Bau von Maschinen und Anlagen -, indem man die Entstehung multiresistenter Keime vermeidet. Das erfordert den Verzicht auf die Verfütterung von Antibiotika in der Massentierhaltung; der Verzicht auf diese leichtfertige Verfütterung von Antibiotika stellt die Profitabilität der Massentierhaltung in Frage, also eine Möglichkeit der Verwertung von Kapital. Das geht erst mal gar nicht unter kapitalistischen Verhältnissen. Also konzentriert man sich auf die Bekämpfung der Symptome mit entsprechenden „Sicherheitseinrichtungen“ - Schritt 2 des beschriebenen Verfahrens. Im Kapitalismus führt das dann zu entsprechender Bürokratie und Aufsicht, staatlichen Kontrollen. Je mehr das Gesundheitswesen privatisiert wird, je stärker das Interesse an Profitabilität ist, je stärker die Konkurrenz, der „segensreiche“ Wettbewerb, desto mehr Aufsicht und staatliche Kontrolle ist vonnöten, wenn die „Sicherheitseinrichtungen“ - in diesem Falle also die Hygienevorschriften – eingehalten werden sollen. Von der „Kontrolle sozialer Produktion durch soziale Ein- und Vorsicht“ bleibt so vor allem staatliche Bürokratie und staatliche Aufsicht. Schritt 1 des kommunistischen Verfahrens kommt nicht als erste, sondern als letzte Lösung in Betracht, um die Freiheit des Kapitals ja nicht einzuschränken.

Es ließe sich eine sehr lange Liste an mehr oder weniger großen Katastrophen aufzählen (zuletzt machte etwa die „kostengünstige“ Variante von Brustimplantaten für Frauen aus billigem und gefährlichem Industriesilikon und die so „effektiven“ Kontrollen des bürgerlichen Staates Schlagzeilen) an der deutlich würde, wie - um der Freiheit des Kapitals Willen - gegen den „Stand der Technik“ verstoßen wird und welche sehr realen Konflikte sich daran entzündet haben und entzündeten.

Zum Beispiel Umweltschutz (Atomenergie)

Die ungeheuren Gefahren für Umwelt und Mensch, die von der Atomenergie ausgehen, lassen sich „konstruktiv“ ausschließen durch Verzicht auf die Atomenergie und die Wahl anderer Formen der Energieerzeugung. Atomenergie war und ist eine Technologie, die „privatwirtschaftlich“ nur rentabel funktionierte und funktioniert bei massiver staatlicher Subvention. Aus militärischen Interessen im Besonderen und nationalökonomischen Interessen im Allgemeinen, wurde die „friedliche Nutzung“ der Atomenergie von Staats wegen vorangetrieben. Sie sollte zugleich für das Kapital eine rentable Anlagemöglichkeit sein. Die Gefahren wurden also klein geredet und die Risiken als ohne weiteres „beherrschbar“ dargestellt. Der Aufwand an Sicherheitstechnologie und -verfahren in Atomkraftwerken ist dabei enorm. Trotz dieser angeblichen „Beherrschbarkeit“ durch entsprechende Sicherheitstechnologie kam es zu 2 großen Katastrophen – von den vielen kleinen Katastrophen oder Beinahekatastrophen, von den Uranminen und der Endlagerungsproblematik etc. einmal abgesehen – der von Tschernobyl und der von Fukushima.

Als einzige der großen Industrienationen hat die deutsche Bundesregierung nach Fukushima den Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen. (Österreich per Volksentscheid allerdings schon viel eher!) Ob es dabei bleibt, ist keineswegs gesichert. Dass es dazu kam, ist vor allem das Resultat der in Deutschland starken Anti-AKW-Bewegung.

Auch am Beispiel der Atomkraftwerke lässt sich zeigen, dass Punkt 1 des kommunistischen Verfahrens – das heute eben zum sogenannten „Stand der Technik“ (Ausdruck des Entwicklungsstandes der Produktivkräfte!) zählt - zum Ausschluss von Gefahren für Mensch und Umwelt im Kapitalismus nur die letzte Wahl ist und auch dann noch eine starke Bewegung sozialen Widerstands verlangt. Das Kapital verlangt Entscheidungsfreiheit für seine Investitionen und die müssen in erster Linie rentabel sein. Damit sie rentabel bleiben, ist es – je nach den konkreten Bedingungen der Verwertung von Kapital und den technischen Notwendigkeiten – bereit sich an Punkt 2 des Verfahrens zu halten, sprich Sicherheitsvorkehrungen zu treffen, damit die Produktion möglichst ohne größere Unterbrechungen kontinuierlich fortgesetzt werden kann. Die soziale Ein- und Vorsicht bleibt immer dem Gesichtspunkt der Verwertung untergeordnet. Sie kann in der kapitalistischen Produktionsweise sich immer nur Geltung verschaffen in der Form von Gesetzen, Verordnungen etc., die dem Einzelkapital vorschreiben, woran es sich zu halten hat. Die Überwachung der Einhaltung obliegt dann staatlicher Bürokratie, was ein endloses Lamento wieder diese „überzogene“ Bürokratie von Seiten der KapitalbesitzerInnen und bestellten Geschäftsführungen nach sich zieht. Aus dieser notwendigen Bürokratie im Kapitalismus zu schlussfolgern, es bringe nichts, um Reformen zu kämpfen, die auf Kontrolle sozialer Produktion durch soziale Ein- und Vorsicht zielen, halte ich für fatal. Je mehr solche Bürokratie dem Kapital aufgezwungen werden kann, desto besser! ;-)

Die Frage, die sich KommunistInnen stellt, ist, ob sie solche praktischen Themen kapitalkritisch „besetzen“ - ein Modewort aus der bürgerlichen Politik - wollen und können, oder ob sie das anderen Theorien und politischen Richtungen überlassen und es stattdessen bei einer abstrakten Kritik von Ware, Geld und Kapital belassen, die nur und ausschließlich die Beseitigung von Ware, Geld und Kapital verlangt. Abstrakt also in dem Sinne, dass man sich auf eine Auseinandersetzung auf dem Boden der bestehenden Gesellschaft gar nicht erst einlässt, weil dabei bestenfalls ein abzulehnender, ungenügender Reformismus heraus kommen könnte. Wenn KommunistInnen solche Themen „besetzen“ wollen, müssen sie sich auf die praktischen Fragen im einzelnen einlassen und an der praktischen Bewegung teilnehmen. Tun sie das nicht, dann laufen sie sowieso als vermeintliche „Avantgarde“ immer hinterher, auch wenn man sich einbildet, man laufe vorne weg.

Wenn der soziale Widerstand in nicht allzu ferner Zukunft stärker wird, sich zu Klassenkämpfen entwickelt, dann wird der Ausgangspunkt nicht das maßlose Elend sein, wie es die Lage vor allem der industriellen LohnarbeiterInnen in England Mitte des 19. Jahrhunderts kennzeichnete (vergl. Engels „Zur Lage der arbeitende Klasse in England“). Ausgangspunkt werden die sozialen Fortschritte nach dem 2. Weltkrieg sein und die damit gewachsenen Bedürfnisse. Weil das „Elend des Kommunismus“, das der Bolschewismus produziert und hinterlassen hat, groß ist und noch immer wie ein Alptraum nachwirkt, kann es gar nicht verwundern, dass der sich entwickelnde soziale Widerstand sich nach den besseren Zuständen zurück sehnt. Jedenfalls soweit größere Teile der Bevölkerung daran beteiligt sind. Das zeigt sich auch in Griechenland.

Wie nahe Reform und Revolution heute **inhaltlich** beieinander liegen können, das zeigt die aktuelle Entwicklung in Irland. Die Bevölkerung hat weitgehend widerstandslos die

„Sparprogramme“ hingenommen und ertragen. Seit längerem schon – durch die bürgerlichen Medien weitgehend totgeschwiegen - regt sich erheblicher Widerstand und zwar gegen die geplante „Wassersteuer“. (<http://www.pressenza.com/de/2014/11/hunderttausende-protestieren-irland-erneut-gegen-wassersteuer/>) Mit einigem Erstaunen habe auch ich jetzt zur Kenntnis genommen, dass in Irland die Wasserversorgung für die VerbraucherInnen kostenlos war. (Bezahlung aus Steuereinnahmen des Staates). **Mitten im Kapitalismus wurde in Irland ein Überfluss an kostbarem Trinkwasser produziert und nach Bedarf verteilt, ohne Gebühren für den Verbrauch!** Mit diesem Kommunismus – **ein Stück kommunistischer Grundversorgung** - soll jetzt Schluss sein und dagegen regt sich Widerstand.

Zweifellos wäre die nach Bedarf organisierte „kostenlose“ Verteilung von im Überfluss produzierten Gebrauchswerten wichtiges Kennzeichen einer kommunistischen Produktionsweise. Die kapitalistische Krux liegt beim irischen Beispiel halt darin, dass der Staat seine Finger im Spiel hat und nun vor dem Hintergrund eigener Finanznöte und Sparauflagen zur Tat schreitet. Sollen sich KommunistInnen an solchen Widerstandsbewegung beteiligen und wenn ja, wie? Mit welcher Agitation und welchen Forderungen? Oder sollen sie nebenher laufen und skandieren „Kapital, Staat, Nation ... Alles Scheiße!“⁹

Vor Jahren schon hat es in Cochabamba (Bolivien) einen regelrechten Aufstand gegeben. Die Wasserversorgung war privatisiert worden und die kapitalistischen Versorger schritten ebenfalls sofort zur Tat erhöhten die Preise drastisch und machten Trinkwasser zu einem Luxusgut. Nicht die Privatisierung als solche erzeugte den Aufstand, sondern deren Folgen. Der Zusammenhang der Folgen mit den Ursachen war aber so offensichtlich, dass es zu einem Aufstand gegen die Privatisierung wurde. Die Grundversorgung mit Wasser, Wohnraum und manch anderen Sachen gehört in die Hand der Kommunen. Sie darf keine Anlagesphäre von Kapital sein, nicht durch Verwertung von Wert beherrscht werden. Das ist eine Grundsatzfrage des praktischen Kommunismus. Beziehen KommunistInnen in solchen Fragen keine Position, überlassen sie den Widerstand gegen Privatisierung solcher Grundversorgung den Reformisten und konzentrieren sich darauf, den Widerstand selbst als reformistisch abzulehnen, dann hat der Kommunismus selbst keine Chance auf eine wirkliche Bewegung, die den jetzigen Zustand aufhebt.

Eine politische Revolution – welche friedlichen oder gewaltsamen Formen sie auch immer annehmen mag, ist zweifellos notwendig¹⁰ - in Bezug auf die Eigentumsfrage und in Bezug auf „öffentliche Gewalt“. Sie ist notwendig, um das Privateigentum allgemein durch Gemeineigentum an Produktionsmitteln zu ersetzen und der „öffentlichen Gewalt“ ihren politischen Charakter zu nehmen, d.h. staatliche Funktionen in die Gesellschaft selbst zurück zu holen, die Macht der zentralisierten politischen Gewalt zu brechen.

In vielen Detailfragen des gesellschaftlichen Lebens geht es jedoch substantiell, inhaltlich um eine **allmähliche Veränderung**, also um Reformen, die Produktion und Reproduktion allmählich

9 Vor Jahren, als die Privatisierung in den Kommunen richtig Fahrt aufnahm, habe ich mich intensiv mit Fragen der Wasserwirtschaft beschäftigt und mit meinen Kenntnissen im Betrieb viele interessante und aufreibende Diskussionen geführt. „Die Krönung“ war ein Streitgespräch mit meinem Abteilungsleiter während der Mittagspause. Irgendwann stellt er fest: „Du bist ja Kommunist!“ Meine konkreten Argumente fand er aber so einleuchtend, dass wir „konstruktiv“ zusammen diskutierten, was denn alles noch „aus dem Markt genommen werden müsste“. Was ich für mich insgesamt aus den Diskussionen mitgenommen habe, ist folgendes: Wenn der Antikapitalismus sich an einem konkreten Gegenstand beweisen kann, dann wirkt er ganz schön überzeugend und erhält allerhand Zustimmung. Dies ist natürlich nur die Erfahrung eines „Einzelkämpfers“ in irgend einem Betrieb. Nachhaltig wirken gegen die allgegenwärtige bürgerliche „öffentliche Meinung“ kann sowas nicht!

10 Wie friedlich oder wie gewaltvoll, das ist keinesfalls eine „Prinzipienfrage“! Die Beantwortung dieser Frage hängt auf jeden Fall von den konkreten Umständen ab. Eins aber ist auch klar: Sofern es ums Prinzip geht, lehnen KommunistInnen die Gewalt ab! Die Anwendung von Gewalt ist keineswegs „erwünscht“! KommunistInnen sind keine prinzipiellen Fürsprecher von Gewalt! Wohin diese führt, das hat z. B. Sorel als Syndikalist und Wegbereiter faschistischer Ideologie demonstriert! (Vergl die lehrreiche Arbeit von Sternhell über die Ideologie des Faschismus.)

verändern, quantitativ und qualitativ. Das ist der eigentliche Inhalt einer **sozialen** Revolution, die den **Alltag** allmählich im Sinne sozialer Emanzipation verändert!! (Die Hoffnung auf den großen Knall und darauf, dass auf einen Schlag alles gut wird, ist nach meiner Auffassung ziemlich naiv.) Das betrifft sowieso die Überwindung der großen, Herrschaft reproduzierenden gesellschaftlichen Arbeitsteilungen zwischen Stadt und Land, Kopf- und Handarbeit und zwischen den Geschlechtern. Das betrifft aber **im Detail** die Arbeit selbst, das Wohnen, die Ernährung, die Ausbildung, Erziehung, Versorgung im Alter, im Falle von Krankheit usw. Sich hinzustellen und zu sagen alles das, was im Kapitalismus der hochentwickelten Länder nach dem 2. Weltkrieg für große Teile der Lohnabhängigen erlebte Realität wurde und in erheblichen Teilen immer noch erlebt wird, sei von vorne bis hinten Scheiße, ist

1. wirklichkeitsfremd und leugnet die Erfahrung (auch als Quelle von Erkenntnis!!)
2. und lässt Böses erahnen für den progagierten „Kommunismus“, den man gern einführen möchte

Eine kommunistische Gesellschaftsordnung lässt sich aus meiner Sicht durch folgende wesentliche Merkmale kennzeichnen:

- Gemeineigentum an Produktionsmitteln statt Privateigentum an Produktionsmitteln
- Selbstverwaltung statt Kommando über fremde Arbeitskraft
- Kontrolle sozialer Produktion durch soziale (inkl. ökologischer) Ein- und Vorsicht (das schließt bewusste Planung von Produktion und Verteilung ein; nicht als zentralistische Vorgabe wohl aber als kommunikativen Prozess von Einflussnahme und Entscheidung)
- Rücknahme zentralstaatlicher Funktionen in und durch die Gesellschaft
- Aufhebung der Herrschaft begründenden gesellschaftlichen Arbeitsteilungen (zwischen Stadt und Land, den Geschlechtern und zwischen Kopf- und Handarbeit)

(Irgendeine Form absolutistischer Parteiherrschaft ist damit unvereinbar und für mich „persönlich uninteressant“, sie es der Kabarettist Becker ausdrücken würde!)

Es ist Aufgabe einer kommunistischen Programmatik und Agitation, diese Grundsätze mit Leben zu erfüllen, also es gerade nicht bei der abstrakten Kritik von Ware, Geld und Kapital zu belassen. Die in diesen zentralen Punkten zum Ausdruck kommenden Grundsätze können sich zunächst nicht anders (partiell) Geltung verschaffen, als in den praktischen Kämpfen auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft.

Der soziale Widerstand hat sich nie und wird sich nie entzünden am Warencharakter des Arbeitsprodukt, nicht am im Geld verselbständigten Tauschwert und auch nicht an den Kapitaleigenschaften der Produktivkräfte. Er entzündet sich immer an den praktischen, leidvoll erfahrenen Folgen daraus!! Die theoretische Kritik entzündet sich ebenfalls an diesen Folgen und führt sie auf Ware, Geld und Kapital zurück, jedenfalls dann, wenn sie praxistauglich sein soll und will. Theoretische Kritik und praktischer sozialer Widerstand sind aber nicht dasselbe bzw. das eine kann nicht durch das andere ersetzt werden. Die theoretische Kritik verleiht dem unbewussten Widerstand – unbewusst, weil er sich „nur“ gegen die Symptome des Systems der Lohnarbeit wendet – bewussten Ausdruck. Die Träger dieser Kritik bleiben unter sich, wenn sie sich nicht als **Teil der praktischen Bewegung** der lohnabhängigen Bevölkerung verstehen, der entschiedenste immer weiter treibende Teil. Sie bleiben unter sich, wenn sie sich nicht am Kampf um soziale Reformen, am Kampf gegen die Symptome des System beteiligen.

Wann wirkt sozialer Reformismus harmonisierend und wann nicht?

Das ist zugleich eine Frage des Verständnisses der Kritik der politischen Ökonomie, des „ökonomischen Bewegungsgesetzes der modernen Gesellschaft“!!!

Erfolgreicher Reformismus wirkt dann harmonisierend auf die Klassengegensätze, wenn die Bedingungen für kapitalistisches Wachstum gut sind und das Kapital rasch und in großen Raten akkumuliert. Er spitzt dann die Widersprüche zu, wenn diese Bedingungen sich rapide

verschlechtern, nur geringes oder gar kein Wachstum die Folge ist. Die Folge ist dann auch, dass der Widerstand des Kapitals gegen Reformismus wächst, es immer schwieriger wird überhaupt soziale Reformen durchzusetzen. Wenn das der Fall ist, dann kann aus dem Kampf um zentrale Reformforderungen eine politische Revolution hervorgehen, die den Weg zu einer sozialen Revolution eröffnet. (Die Bedingungen dafür, wie Reformismus wirkt, setzen wir nicht selbst, sie sind objektiv gegeben durch die ökonomischen Verhältnisse.)

Kommunismus kann sich nur in konkreten Auseinandersetzungen verallgemeinern. Nicht allein durch Publikation von Schriften und nicht durch ständigen Vortrag!

Dazu muss der Kommunismus erstens – soweit möglich - konkret formuliert sein und zweitens müssen die Auseinandersetzungen geführt werden.

Nicht nur in Industriebetrieben, sondern überall. Vor allem in der Kommune. Die Orte des mehr oder weniger bedrückenden kapitalistischen Alltags sind zugleich die Orte der sozialen Emanzipation.

KommunistInnen müssen es akzeptieren, dass sie heute eine verschwindend-kleine Minderheit sind und das liegt eben nicht nur und nicht in erster Linie am falschen Denken der anderen, sondern an eigenem Unvermögen/eigenen Fehlern und vor allem an Arbeits- und Lebensumständen, an sozialen Fortschritten vor allem nach dem 2. Weltkrieg, der **Teilhabe** von erheblichen Teilen der LohnarbeiterInnen (Niveau des Konsums) und partiell sogar von Lebensgenuss, den sie bieten in hochentwickelten Ländern, vor allem Europas. Das „*ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft*“ stellt all das mehr und mehr in Frage, sorgt für im schärfere soziale Polarisierung, verlangt Verzicht im Interesse des ökonomischen Wachstums, im Interesse des Kapitals, das selbst immer höhere Schranken für seine Verwertung produziert.

Betriebsverfassungsgesetz: Betriebsräte und Belegschaftsversammlungen

In meinem Vortrag war ich ebenfalls kurz auf Betriebsräte und Belegschaftsversammlungen eingegangen, wie sie heute noch in Deutschland durch das Betriebsverfassungsgesetz staatlich anerkannt und ermöglicht sind. Diese Betriebsräte sind ein kümmerliches Relikt aus der Novemberrevolution am Ende des 1. Weltkrieges.

Am Beispiel der Belegschaftsversammlung versuchte ich zu zeigen, dass dies eine Einrichtung ist, die auch in einer kommunistischen Produktionsweise von Bedeutung ist, indem ihre Befugnis deutlich erweitert wird; dass sie nämlich zum höchsten Entscheidungsgremium innerhalb eines Betriebes wird. Wenn ich die vorgetragenen Einwände gegen meine Argumente richtig verstanden habe, dann zielten die auf die rechtliche Einbettung, die Verpflichtung auf Zusammenarbeit für Geschäftsführungen etc. ab. Das ist natürlich richtig, ist aber aus meiner Sicht kein Argument gegen Belegschaftsversammlungen als höchstem Entscheidungsgremium innerhalb eines Betriebes im Kommunismus! Wer sonst soll da das letzte Wort haben und wie sonst soll Kommandomacht über fremde Arbeitskraft praktisch in jeder einzelnen „Produktionsstätte“ überwunden werden?

Was man auf solchen Belegschaftsversammlungen mit beschränkten Möglichkeiten im Kapitalismus alles machen kann und wozu sie dienen können, das hat vor allem die Gruppe Oppositioneller Gewerkschafter in der IGM bei Opel Bochum in den 1970iger Jahren gezeigt. Bis zu 8 Stunden, eine ganze Schicht lang, Kritik, Anklage und auch Verständigung auf gemeinsame Ziele!

Die im Betriebsverfassungsgesetz verkümmerte Errungenschaft besteht darin, dass Belegschaften eine Interessenvertretung wählen können, diese einen relativ großen Schutz vor Kündigungen genießt und last but not least, eben die Möglichkeit hat, vierteljährlich eine

Belegschaftsversammlung einzuberufen. Die tatsächlichen „Mitbestimmungsrechte“ des Betriebsrates sind sehr eingeschränkt.

Dieses Recht auf Wahl einer Interessenvertretung und die regelmäßige Einberufung einer Belegschaftsversammlung schätze ich sehr hoch ein. Das ist weder eine Selbstverständlichkeit noch existiert da irgend ein durch Gesetz erzwungener Automatismus zur „Sozialpartnerschaft“ im Sinne der heutigen Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände, wie sie heute noch hauptsächlich in bestimmten „Großunternehmen“ praktiziert wird. In den immer zahlreicher werdenden gewerkschafts- und betriebsratsfeindlichen Unternehmen wird die institutionalisierte „Sozialpartnerschaft“ ja von oben aufgekündigt. Man will sie nicht mehr. „Sozialpartnerschaft“ wird in solchen Betrieben ganz anders buchstabiert und ein Betriebsrat bedeutet da die glatte Aufkündigung von „Sozialpartnerschaft“, eben „Klassenkampf“! Wenn aus solchen „Klassenkämpfen“ wieder nur die institutionalisierte Form von „Sozialpartnerschaft“ entsteht, dann liegt das nicht primär am Betriebsverfassungsgesetz, sondern an Bedingungen für Klassenkampf und an den Fehlern der Linksradiكالen!

Kritik am Betriebsverfassungsgesetz wird eben nicht nur von radikalen Linken geübt, sondern auch von „Arbeitgeberseite“. Dass das Betriebsverfassungsgesetz vielen und immer mehr Unternehmen ein Dorn im Auge ist, werden alle feststellen, die sich mit den Tatsachen befassen.

Die meiste Zeit meiner Lohnarbeit in Industriebetrieben war ich in solchen gewerkschafts- und betriebsratsfeindlichen Unternehmen beschäftigt, die viel daran gesetzt haben, einen Betriebsrat und Belegschaftsversammlungen zu verhindern. Ich weiß – das sei nochmals betont - den Unterschied zu schätzen und alle Auseinandersetzungen, an denen ich meinen Anteil hatte, mündeten letztlich immer in der gegen alle Widerstände und Einschüchterungsversuche durchgesetzten Betriebsratswahl (in 2 Betrieben). Dass das letztlich in Niederlagen und kleinen Zugeständnissen endete und enden musste, war für mich klar. Auch wenn ich viel Wert darauf legte, Gewerkschaftsvertreter mit markigen Sprüchen und Co-Managementabsichten möglichst rauszuhalten, so konnte ich als unbedeutender „Einzelkämpfer“ in irgend einem unbedeutenden „mittelständischen Betrieb“ letztlich nicht verhindern, dass sie die Sache „dankbar übernahmen“.

Eine Belegschaft ohne Belegschaftsversammlung das ist in Deutschland so, wie eine radikale Linke ohne die Freiheit zur Versammlung, zum Meinungs austausch und zur Verständigung. Das ist so, als ob der Staat heute ein „Sozialistengesetz“ nach Bismarcks Vorbild verabschieden würde. Dann wäre von der radikalen Sektenlandschaft heute vermutlich bald nichts mehr übrig! Dann würde man von Leuten, die heute im Internet ganz und gar „unversöhnliche“ Kritik am Kapital, Staat und Nation äußern, im Betrieb aber, wegen befürchteter Entlassung, nichts sagen, was nicht auch ein Spiegelredakteur sagen könnte, einfach nichts mehr hören ... oder eben nur noch das, was auch ein Spiegelredakteur äußern könnte. **Das einzige „Faustpfand“, was „wir“ radikalen KritikerInnen des Kapitalismus im Moment haben, sind die vom Staat zugestandenen Meinungs-, Versammlungs- und Organisationsfreiheiten, die Generationen vor uns durch ihren Kampf möglich gemacht haben ... und über die dann auch noch hergezogen wird. Es würde „uns“ an jeder wirksamen Unterstützung gegen entschlossene staatliche Repression fehlen! Nicht, weil die Leute so bescheuert sind, sondern weil „wir“ so bescheuert sind und weitgehend unfähig, soziale Emanzipation überhaupt wieder zu einem Thema für Menschen zu machen, die sich nicht für eine Sekte begeistern können.**

Auf jeden Fall erleichtern Belegschaftsversammlungen Verständigung auf gemeinsame Kritik und Forderungen/Ziele von Belegschaften genauso wie Meinungs-, Versammlungs- und Organisationsfreiheit jenseits der Betriebe im „öffentlichen Raum“ dasselbe im größeren Maßstab erleichtern. Wenn das dafür nicht genutzt werden kann, dann hat das nur zwei Gründe:

- die Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnabhängigen selbst

- und den traurigen Zustand des Linksradikalismus samt seiner Theorien

Was ich auch hier aus Erfahrung für mich festhalten kann ist folgendes¹¹:

Im Zuge dieser Auseinandersetzungen um einen Betriebsrat gab es jeweils 2 kleine Sprünge:

- der erste bestand darin, dass die KollegInnen ihr Angst überwinden.
- der zweite bestand darin, dass die gesamten Diskussionen sich veränderten und in Teilen der Belegschaft die Bereitschaft wuchs, sich antikapitalistische Argumente anzuhören.

Die Initiative habe ich immer erst dann ergriffen, wenn ich dazu aufgefordert wurde und es eine kleine Schar von Leuten gab, die bereit war, die Sache mit durch zu ziehen und auch für den Betriebsrat zu kandidieren.

Wer dabei den bewussten Kommunismus vermisst, dem halte ich entgegen, dass von solchen Formen der Selbstorganisation der praktische Kommunismus seinen Ausgang nimmt und dass es wesentlich von den KommunistInnen und ihren Positionen abhängt, inwieweit die Leute anfangen bewusst für Kommunismus zu kämpfen. Möglicherweise liegt es an unserem Kommunismus selbst, dass er nicht überzeugen kann! (Die einzelnen Sekten predigen jede für sich die Aufhebung der Konkurrenz unter LohnarbeiterInnen und was bieten sie? In Summe ein Bild fast unüberschaubarer Zerstrittenheit und Zersplitterung! Allein das wirkt sehr überzeugend! ;-))

In den 70iger Jahren haben die K-Gruppen fast durch die Bank gerufen: „Weg mit dem reaktionären Betriebsverfassungsgesetz“. (Ich auch!) Möglicherweise erfüllt die Bourgeoisie demnächst diese Forderung! Das wäre wieder ein grandioser Erfolg des heutigen Linksradikalismus!

Sinngemäß übersetzte Zitate aus einer Rede des Geschäftsführers von HP Deutschland (M. Eberhardt) im Dezember 2014

„Wenn jemand hier die Richtung, die HP nimmt, nicht gefällt ..., dann werden wir seine Kündigung gerne akzeptieren.“

„Wenn jemand im Team nicht so performt (nicht so viel leistet), wie er sollte – tausch die Person aus!“

„Wenn jemand hier denkt, er müsse nicht kämpfen, dann wird es wie im Fussball gehen: Beim nächsten Spiel ist er nicht dabei.“

„Du musst wie eine Kerze brennen.“

„Arbeitsplätze in Deutschland werden abgebaut. Wir werden Leute in Indien einstellen. So ist die Welt.“

„An alle Account Executives (Kundenbetreuer): Ihr müsst unternehmerisch denken. Wenn Euch das nicht gefällt, dann müsst Ihr Euch nach einem Job außerhalb HPs umschauchen.“

„Wenn jemand denkt, >nach 40 Stunden habe ich frei<, dann ist er falsch hier.“

(„Metallzeitung“, Ausgabe April 2015)

Wer solche Leute mit seiner „Kapitalkritik“ **theoretisch** aus der Schusslinie nimmt, der kann aus meiner Sicht **praktisch** eben gleich einpacken. Das Herz, das in Leuten wie Eberhardt schlägt, ist das Herz des Kapitals, der Verwertung von Wert. Das gilt es deutlich zu machen, damit die Praxis des Klassenkampfes eine emanzipatorische Perspektive bekommt. Deshalb aber die Kritik an und die Auseinandersetzung mit solchen Charaktermasken des Kapitals für falsch, irreführend, perspektivlos zu erklären, das zeugt von einiger Konfusion in Bezug auf den **Klassencharakter der kapitalistischen Verhältnisse**. Solche unverblümt aggressiv und in sozialer Rücksichtslosigkeit formulierten „ökonomischen Einsichten“, wie die hier zitierten, kann man immer häufiger hören und ich habe sie oft genug gehört!

Die LohnarbeiterInnen haben es im betrieblichen Alltag unzweifelhaft nicht nur mit ökonomischen

11 Für auch jetzt noch hartnäckig Interessierte verweise ich auf meinen Anhang mit „Andekdoten“.

Zwängen, der Herrschaft des Wertes im Interesse seiner Verwertung, sondern auch mit Personen zu tun. Das Kapital tritt ihnen gegenüber in personifizierter oder personalisierter Gestalt. Diese Personen handeln als personifiziertes Kapital, sind Charaktermasken des Kapitals, verdanken ihre Macht der ökonomischen Funktion, die sie ausüben.¹² Ihr Handeln beschränkt sich aber nicht darauf, diese Funktion auszuüben. Im Alltag nutzen sie ihre Macht nicht selten für allerlei Schikanen gegen unliebsame Untergebene. Marx spricht nicht zuletzt daher in Kapital Bd. 1 mit Recht auch von der „*kleinlichst gehässigen Fabrikdespotie*“. Für die praktische Auseinandersetzungen zwischen Lohnarbeit und Kapital ist das nicht ohne Bedeutung.

Kommunalisierung und Demokratisierung - oder wie sich Kapitalkritik und Staatskritik praktisch trifft

In Ländern wie Spanien wird „Recht auf Wasser, Recht auf Wohnung und Recht auf Energie“ gefordert. Dass die Forderung nach einer gesicherten Grundversorgung mit Wasser, Wohnung und Energie in der Form der Rechtsforderung aufgestellt wird, reicht manchen Linksradikele schon, um sich mit Grausen vom „Reformismus“ abzuwenden. (Womit ich nichts gegen die notwendige Kritik an Rechtsillusionen gesagt haben will!)

Tatsächlich ist und wird die Grundversorgung **aller** Menschen mit Wasser, Wohnung und Energie in Frage gestellt durch Privatisierung. Sie wird umso mehr in Frage gestellt, als Wachstum des Kapitals, seine fortschreitende progressive Verwertung nicht funktioniert. Die Privatisierung wird ins Werk gesetzt durch hoch verschuldete Staaten und Kommunen, von „Volksvertretern“, die das angebliche Eigentum des Volkes verscherbeln, um die Schulden von Staaten und Kommunen gegenüber dem Finanzkapital bedienen zu können.

Die angebliche Selbstverwaltung der Kommunen in der bürgerlichen Gesellschaft ist gebrochen durch zentralstaatliche Macht. Jeder Staat ist zentralisierte politische Macht. Wer wie viel Steuern erheben kann und wie die Steuern verteilt werden, liegt bei der zentralisierten Staatsmacht. Den Kommunen werden Steuern und Gelder aus Steuereinnahmen von oben zugeteilt, letztlich ebenso die Aufgaben, die sie als „öffentliche Daseinsvorsorge“ zu erfüllen haben, oder die sie zu privatisieren haben.

Schwinden die Steuereinnahmen von Staaten und Kommunen, so muss gespart werden, wächst der Druck, sich über den Finanzmarkt zu refinanzieren. Um nachlassendes oder sinkendes Wachstum

12 Im Verlaufe meines Vortrages war ich auch auf diesen Punkt zu sprechen gekommen. Kritisch wurde eingewendet, Marx spreche nicht von Personalisierung, sondern von Personifizierung. Das hatte ich bestritten ... und mich geirrt!! Bei Überprüfung der Stellen, an die ich dachte, musste ich feststellen, dass Marx tatsächlich durchgängig von Personifizierung und nicht von Personalisierung spricht. Doch was ändert das an der Sache, um die es hier geht? Ich hatte darauf verwiesen, dass schon für jeden Vertragsabschluss eines Kapitals in allgemeiner Warenproduktion eine Person her muss (Geschäftsführung, Leute mit Procura etc.) Ich hatte außerdem darauf hingewiesen, dass die Auspressung unbezahlter Mehrarbeit der Vorgesetzten bedarf, die mit Weisungsbefugnis ausgestattet sind. Dass LohnarbeiterInnen nur dem Sachzwang folgen und freiwillig das erforderliche Quantum Mehrarbeit liefern, mag durchaus im Einzelfall, besonders bei hochqualifizierten Arbeitskräften, der Fall sein. Im Allgemeinen jedoch bedarf es der „Offiziere und Unteroffiziere“ des Kapitals, der Kommandomacht über fremde Arbeitskraft, um Ausbeutung zu realisieren. Außerdem sei an folgendes erinnert: Auch das Kapitalverhältnis ist ein Produktionsverhältnis und solche Verhältnisse bezeichnet Marx als Verhältnisse, die **Menschen** bei der Produktion und Reproduktion ihres Lebens eingehen. Mögen diese Produktionsverhältnisse auch noch so sachlich mystifiziert sein. In der Regel führt die Leugnung der faktischen Personifizierung zur Leugnung des Klassencharakters der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und zur Leugnung der Bedeutung des Klassenkampfes für die Überwindung dieser Verhältnisse. (Etwa bei der „fundamentalen Wertkritik“.) Man mag theoretisch von den Personen abstrahieren um die Versachlichung der Produktionsverhältnisse und ihre Mystifizierung heraus arbeiten zu können, in der Praxis der sozialen Auseinandersetzungen zwischen Lohnarbeit und Kapital treffen immer Menschen auf Menschen, also Personen auf Personen.

des Kapitals zu bekämpfen, werden dem Kapital Steuern erlassen. Damit schwinden Steuereinnahmen weiter und es muss weiter gespart werden. Solange kapitalistische Produktionsverhältnisse herrschen, wird sich an solchen Zusammenhängen und Mechanismen nichts ändern.

Der Widerstand gegen die sich verschlechternde Grundversorgung in Städten und Gemeinden, den gesellschaftlichen Orten unserer Reproduktion, wendet sich mehr oder weniger spontan gegen Privatisierung und gegen die zentralisierte Staatsmacht. Was in der Regel fehlt ist eine Perspektive, die auf tatsächliche Selbstverwaltung durch Selbstorganisation in den Kommunen zielt. Diese Perspektive beinhaltet sowohl eine reformistische wie eine revolutionäre Perspektive. Reformistisch, soweit sie im Rahmen des Systems der Lohnarbeit die Stärkung der Kommunen (durch Umverteilung der Steuern zugunsten der Kommunen, durch Stärkung und Ausdehnung der „öffentlichen Daseinsvorsorge“ in Gestalt kommunaler Versorgungsbetriebe) gegenüber der zentralen Staatsmacht verlangt. Revolutionär, soweit sie darauf abzielt die zentrale Staatsmacht zu brechen und auf andere Produktionsverhältnisse (Gemeineigentum in Selbstverwaltung) zielt.

Die Konflikte um diese Grundversorgung werden in allen Staaten zunehmen, mit Entwicklung der ökonomischen Widersprüche des Kapitals und ihrer krisenhaften Lösung. Die Konflikte werden zunächst ausgetragen und eskalieren auf der Ebene jeder einzelnen Kommune. Was daraus wird, hängt entscheidend davon ab, inwieweit der Widerstand sich auf ein gemeinsames praktisches Programm verständigt und in allen Kommunen die gleichen Ziele verfolgt, die sich allgemein unter dem Begriff von „Kommunalisierung und Demokratisierung“ zusammenfassen lassen. Denn eins ist auch klar – unabhängig davon, was für Politiker da in die Rathäuser gewählt werden – die wirkliche Macht in den Kommunen liegt heute bei der Verwaltung in Gestalt der hauptamtlichen Bürokratie.¹³

Die teils drastische Verschlechterung der Versorgungssituation in den Kommunen, drückt sich auch in dem sich entwickelnden Widerspruch zwischen Stadt und Land aus (zunehmende Verstädterung). Dörfer, die früher eine eigene wirtschaftliche Infrastruktur hatten (Einzelhandelsgeschäfte, Kneipen etc.) werden zu bloßen Wohnorten. Die Jugend zieht auf der Suche nach Lohnarbeit und besserer Versorgung in die Städte. Häuser stehen leer, zurück bleiben alte Menschen. In meinem Vortrag hatte ich davon berichtet, dass es in Niedersachsen und Bayern Dörfer gibt, in denen diese alten Menschen anfangen sich selbst zu organisieren, zum Zweck einer Verbesserung der Versorgungssituation. Sie bilden Kooperativen und gründen Einzelhandelsgeschäfte für elementarste Versorgung vor Ort. In diesem Zusammenhang wurde ich darauf hingewiesen, dass darin ja nicht unbedingt etwas progressives zu sehen sei. Schließlich gehöre es zur Grundausrüstung des Neoliberalismus, die Menschen im Zuge der Zerstörung des sogenannten „Sozialstaates“ auf Selbsthilfe zu verweisen. Auch dem kann und will ich nicht widersprechen. Einwenden allerdings will ich folgendes:

1. Predigt der Neoliberalismus „private Vorsorge“. Irgendwelche Gemeinschaftsprojekte jedenfalls sind eher eine Sache kirchlicher Einrichtungen etc. Mir ist nicht bekannt, dass Neoliberale für Kooperativen eintreten oder sich gar in diesen engagieren.
2. Sofern heute niemand von denen, die den sogenannten „Sozialstaat“ auf den Müllhaufen der Geschichte werfen, etwas gegen Selbsthilfe in Kooperativen einzuwenden hat, liegt das an der Schwäche, Einflusslosigkeit, Einfallslosigkeit und heillosen Zersplitterung des heutigen Linksradikalismus. In der erstarkenden „alten Arbeiterbewegung“ der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts, spielten Selbsthilfeorganisationen eine große Rolle (gegenseitige, solidarische Unterstützung im Krankheitsfall etc.) Diese Selbsthilfeorganisationen waren ein wichtiges

¹³ Das hat für Deutschland Prodoch Aich in seinen Untersuchungen und Recherchen eindrucksvoll nachgewiesen. (Vergl. etwa „Wie demokratisch ist die Kommunalpolitik?“, rororo aktuell, 1977) Aufgrund der Veröffentlichung seiner Ergebnisse wurde er massiv verfolgt!

Betätigungsfeld der damals marxistischen Sozialdemokratie. Bismarcks Einführung einer Sozialgesetzgebung zielte darauf ab, diesen „Sumpf“ durch Verstaatlichung trocken zu legen. Der „Sozialstaat“ wurde also ins Leben gerufen, um revolutionären Umtrieben den Boden zu entziehen. Man kann heute sagen, dass das nachhaltig gelungen ist. Heute existiert keine mit der Entwicklung von sozialem Widerstand erstarkende politische Organisation von LohnarbeiterInnen, die sich die klassenlose Gesellschaft zum Ziele gesetzt hätte. Die Bourgeoisie muss keinerlei Angst haben, dass sich bildende Selbsthilfeorganisationen zum Boden für das Erstarken sozialrevolutionärer Kräfte würden. Auch von daher hat der „Sozialstaat“ seine Schuldigkeit getan, kann beseitigt werden und eingefleischte Reaktionäre brauchen die Selbstorganisation von Lohnabhängigen nicht fürchten. Das Streben nach Beseitigung des sogenannten „Sozialstaates“ wird um so stärker, als ökonomische Notwendigkeit der Kapitalverwertung das verlangt.

Was ich also zu diese Frage zu sagen habe, lautet kurz und knapp:

Ob es im Falle von Selbsthilfeorganisationen von LohnarbeiterInnen – sei es in Gestalt von Produktivgenossenschaften oder in Gestalt von Konsumgenossenschaften – bei bloßer Linderung der gravierendsten Missstände im Rahmen des System bleibt, oder ob sie zur Basis sozialemanzipatorischen Strebens werden, das hängt vom „Klassenkampf“ ab, also auch davon, wie KommunistInnen sich dazu verhalten und welche Perspektive sie selbst haben.

Abschließend:

Die alte ArbeiterInnenbewegung, die zweifellos heraus wollte aus Ausbeutung und Unterdrückung im Kapitalismus – wie falsch im Einzelnen die Vorstellungen auch immer gewesen sein mögen über Weg und Ziel sozialer Emanzipation – hat eine ganze Reihe von Veränderungen des Kapitalismus bewirkt. Selbst als von Kommunismus und klassenloser Gesellschaft schon nicht mehr die Rede war und es sich nur noch um Reformen am System drehte, passierte noch einiges (z.B. Er kämpfung von Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, auch für „Arbeiter“).

Es handelt sich ausnahmslos um Veränderungen, die nicht aus der „ökonomischen Logik“ des Systems zu erklären sind, die dieser Logik – jedenfalls wie sie Marx herausgearbeitet hat – widersprechen. Und weil sie dieser „ökonomischen Logik“ widersprechen, stehen diese Veränderungen auch innerhalb des System der Lohnarbeit zur Disposition ... immer wieder und immer mehr; je mehr die Fortsetzung erfolgreicher Verwertung von Wert das verlangt; oder anders herum, je mehr diese erfolgreiche Verwertung von Wert in Frage gestellt ist.

Es handelt sich ausnahmslos um Veränderungen, die Not, die aus Lohnarbeit resultiert, nicht abgeschafft, aber deutlich spürbar gelindert haben.

Sofern unter heutigen Bedingungen ein sich ausbreitendes Streben nach sozialer Emanzipation entwickelt, werden der soziale Fortschritt und die damit sich entwickelnden Bedürfnisse ihren Ausgangspunkt bilden, und wird der Kampf sich zunächst um Erhalt und Verteidigung drehen. Das kann aus meiner Sicht gar nicht anders sein und will erstmal verstanden und akzeptiert werden. „Kommunismus“ und soziale Emanzipation sind durch den Bolschewismus in Theorie und Praxis zu Gegensätzen geworden („Realsozialismus“). Wenn es den KommunistInnen nicht gelingt in theoretischer und praktischer Arbeit diesen Gegensatz wieder aufzuheben, dann werden sie bleiben, was sie im Moment sind: bestenfalls sympathische Sektierer.

Neulich las ich folgenden Werbeslogan:

„Hinfallen, aufstehen, Krone richten, weiter gehen!“

Dabei fiel mir ein:

Hinfallen und wieder aufstehen ist sowieso klar, solange es Kapitalismus gibt. Niederlagen sind unvermeidlich, aber das Streben nach sozialer Emanzipation wird niemals aufhören, solange es es

Klassengesellschaft, solange es speziell den Kapitalismus gibt. Worauf es ankommt, ist das „Krone richten“, das Lernen bzw. die Bereitschaft zu lernen.

April 2015
Robert Schlosser

Anhang für Interessierte:

Beim Stichwort Belegschaftsversammlung fallen mir stets ad hoc stets 3 Versammlungen ein, die ich **nie** vergessen werde:

1. In der Krise Anfang der 1980iger Jahre wurde uns vom Management auf einer Belegschaftsversammlung mitgeteilt, dass der Betrieb geschlossen werden müsse. In vielen Gesprächen vorher, war mir bewusst geworden, wie rückständig das Bewusstsein der Belegschaft war. Trotzdem entschied ich mich spontan zu einer zornigen Rede, in der ich Privateigentum und Marktwirtschaft leidenschaftlich anklagte und auf den Wahnsinn hinwies, dass Leute nicht wegen des Mangels sondern wegen des allgemeinen Überflusses, weil von allem zu viel da ist, in Armut gestürzt werden. Man konnte Stecknadeln zu Boden fallen hören. Dann brach ein kleiner Beifallssturm los. Ich hatte es verstanden, der Wut und der Sorge um die Zukunft einen angemessenen Ausdruck zu verleihen. Überall Schulterklopfen, als ich an meinen Platz zurück ging. Der Depp vom Management erwiderte lediglich, dass man doch nicht bestreiten könne, das Marktwirtschaft auch ihre Vorteile habe, was mit höhnischem Gelächter quittiert wurde. Hinterher standen wir in einer kleiner Gruppe zusammen und diskutierten intensiv über den Vorschlag eines Kollegen, man sollte den Laden übernehmen und als Genossenschaft weiterführen. (Die Schilderung der weiteren Auseinandersetzungen, über das von der IGM vorgeschlagene „Belegschaftsmodell“ erspare ich mir. Sie endete erfolglos, schon weil die Banken für einen solchen Versuch die Kredite verweigerten.)
2. Der Eklat auf der ersten Belegschaftsversammlung, die ich als Betriebsratsvorsitzender 1987 in einem anderen Betrieb einberufen hatte. Der Besitzer und Leiter der Firma war ein extremer Gewerkschafts- und Betriebsratsfeind und es hatte schon einiges gekostet, bis es überhaupt zu den Betriebsratswahlen kam. Auf der Versammlung hielt ich eine Rede über das Betriebsverfassungsgesetz und die Möglichkeiten und Grenzen für die Arbeit eines Betriebsrats. Schon diese sehr vorsichtige, aber auch kompromisslose Rede, in der ich deutlich zum Ausdruck brachte, dass ich jede rechtliche Möglichkeit nutzen würde, um die Interessen der Belegschaft zur Geltung zu bringen, führte zu einem Zornesausbruch „des Alten“, der damit endete, dass er die Belegschaftsversammlung beenden wollte. Daraufhin sagte ich ihm, er könne eine solche Versammlung weder einberufen noch beenden und zum Zeitpunkt der Belegschaftsversammlung hätte ich, als gewählter Vertreter der Belegschaft, das Hausrecht! Da war es geschehen! Ein solcher unerhörter Eingriff in seine Rechte als Privateigentümer!! Er stürzte auf mich zu und ich rechnete mit einem körperlichen Angriff. Unmittelbar vor mir klappte er jedoch zusammen und fing an zu schreien. Schreiend lief er dann auch auf den Hof des Unternehmens. So laut, dass Nachbarn kamen und sich besorgt nach dem Befinden erkundigten. Seine ebenfalls anwesende Frau – zur Geschäftsführung gehörend - drohte dann mit Schließung des Werkes, wenn ich Betriebsrat bleiben würde. Es machte sich Unruhe breit. Ahnend, was kommen würde, bat ich darauf hin alle Mitglieder der Geschäftsführung, den Versammlungsraum zu verlassen, um ein Meinungsbild herzustellen. Nach kurzer Diskussion kam es zur Abstimmung. Ich war von rund 90% gewählt worden und fast ebenso viele stimmten jetzt gegen meinen „kompromislosen“ Kurs. Lediglich 7 Kollegen „hielten mir die Stange“, die beiden anderen Betriebsräte hielten sich „sehr bedeckt“. Daraufhin erklärte ich, dass ich zurücktreten würde. Nach der Versammlung verhielt ich mich ganz ruhig. Die 7 Kollegen allerdings rannten durch die Halle und sorgten für einigen Trubel durch ihre heftige Kritik an der Mehrheit. Einen Effekt hatte die Sache aber noch. Unsere Hauptforderung gegen einen rechtswidrigen Zustand im Betrieb wurde nach meinem Rücktritt direkt erfüllt. („Der Alte“ ahnte, dass ich nun als Einzelperson vor Gericht ziehen würde.) Das brachte bares Geld.

3. Im letzten Betrieb meiner „Berufskarriere“ bestand eine zumindest ähnliche Situation, wenn auch nicht ganz so extrem: das Unternehmen nicht im Arbeitgeberverband, also ohne Tarifbindung; Gewerkschaft und Betriebsrat sehr ungeliebte Erscheinungen. Einen Betriebsrat gab es also auch hier nicht. Meine „Klassenkampfparolen“ - so wurde es teilweise genannt – waren Jahre lang abgewinkt worden. Es rollte aber eine Entlassungswelle nach der anderen und die Situation im Betrieb verschlechterte sich kontinuierlich, angeheizt von einer Geschäftsführung, die auch vor Mobbing nicht zurückschreckte. So wurde ich letztlich auch hier aufgefordert, die Initiative für einen Betriebsrat zu ergreifen. Ich selbst wollte aus verschiedenen Gründen nicht mehr kandidieren, aber erklärte mich bereit, erstmal den „Prellbock“ für die Geschäftsführung zu spielen. Also bereitete ich die Wahl des Wahlvorstandes vor und lud zur 1. Belegschaftsversammlung ein.

Allein diese Einladung löste folgendes aus:

- a. Ich wurde zur Geschäftsführung zitiert. Eine „denkwürdige“ Konfrontation. Sie – es handelte sich um eine Geschäftsführerin - fixierte mich mit bösen Blick und sagte nichts. Ich erwiderte den Blick mit stoischer Ruhe und sagte ebenfalls nichts. Schließlich senkte sie die Augen und fragte mich, was ich denn wollte. Ich sagte: „Nichts! Sie wollten mich doch sprechen!!“ Dann fragte sie nach, was wir denn mit einem Betriebsrat erreichen wollten und ich sagte ihr, dass wir noch kein Programm hätten, aber uns nicht mehr alles widerstandslos gefallen lassen wollten. Das Gespräch war schnell beendet.
- b. Dann wurde ich zum Personalchef Europa des Konzerns zitiert. Ein smarterer Manager, der mir zu verstehen gab, dass man die Wahl eines Betriebsrates selbstverständlich akzeptieren würde, aber streng auf Einhaltung von Recht und Gesetz achten würde. Ich erwiderte, dass ich auch auf Recht und Gesetz achten würde, im Sinne der Interessen der Belegschaft ... und dass ich meine Erfahrungen hätte. Er daraufhin: „Das wissen wir!“ Schau an, dachte ich mir, recherchiert haben sie auch schon. Damit war auch dies Gespräch nach kurzer Zeit beendet.
- c. Einer der Abteilungsleiter spielte sich auf und versuchte Kolleginnen und Kollegen einzuschüchtern. Darauf hin kopierte ich den Paragraphen aus dem Betriebsverfassungsgesetz, der solches Treiben mit Gefängnis bedroht und sorgte für Bekanntheit. (Auf der Belegschaftsversammlung zur Wahl des Wahlvorstandes trug ich das dann auch nochmals vor.)

Nach meinen ganzen Erfahrungen im Betrieb und diesem Vorspiel, war ich nicht sicher, wie viele der KollegInnen und Kollegen überhaupt zur Versammlung kommen würden. Dazu muss ich erwähnen, dass es sich in großer Mehrzahl – abgesehen von einigen qualifizierten Monteuren – um Büroangestellte und Ingenieure handelte. Man hatte sich fast immer alles gefallen lassen und nur zunehmend gemurrt.

Auf der Versammlung waren dann doch fast alle anwesend und es herrschte nicht nur große Spannung, sondern auch Stolz, dass man wenigsten ein bisschen den aufrechten Gang probte. Ich hielt wieder eine Rede über das Betriebsverfassungsgesetz und über die Möglichkeiten und Grenzen für einen Betriebsrat. Ergänzt durch Informationen zum weiteren Verfahren.

Auch hier hatte allein die Wahl des Betriebsrates unmittelbar spürbare Auswirkungen. Wir waren als Engineeringunternehmen unter einem Dach mit einer Produktionsfirma, die ebenfalls zum Konzern gehörte. Hatte sich der Konzern immer gegen eine Zusammenlegung gewehrt, so schwenkte man jetzt um und es kam zu einem sogenannten „Gemeinschaftsbetrieb“. Es wurden nach kurzer Zeit neue Betriebsratswahlen durchgeführt für den „Gemeinschaftsbetrieb“ und damit galten jetzt alle Betriebsvereinbarungen des Fertigungsbetriebes auch für das Engineering. Da diese nicht schlecht waren, bedeutete das eine spürbare Verbesserung.